

# ROTE



# ZELLE

ZEITUNG DES

KSB/ML BOCHUM

NR. 4

1/71

KOMMUNISTISCHER STUDENTENBUND/  
MARXISTEN - LENINISTEN

## „Tut um Gottes Willen etwas Tapferes“

Platz frei  
für die  
Wissenschaft!

H. Maier,  
CSU-Kultusminister,  
Mitbegründer des BFDW



## Bund Freiheit der Wissenschaft: Bund fürs Leben - Universität @ Kapital

# „Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!“

Hans Maier, CSU - Kultusminister in Bayern, auf der Vprbereitungstagung des Bundes am 22. Juni 1970 in München.

Am 18. November 70 wurde in Bad Godesberg von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bourgeoisie der Gründungskongreß des 'Bundes Freiheit der Wissenschaft' zelebriert. Schmissige Honoratioren und rechte Ehrenmänner und -frauen gaben sich ein Stelldichein. Scharen journalistischer Meßdiener und Weihrauchschwenker rundeten das Glanzbild ab. Der "Grundbund", so der Präsidiumspräses des Kongresses, Sanmann (Hamburg), wurde also von prädestinierten Paten aus der Taufe gehoben. Die Reden, die aus diesem Anlaß geschwungen wurden, konnten dann in den nachfolgenden Wochen in der bürgerlichen Presse nachgelesen werden, wenn auch in verkürzter Form, denn mehr als vorbereitete Kurzfassungen der Referate wurde den rühri-gen Pressdienern nicht ausgehändigt.

Es ist selbstverständlich, daß diese Kurzfassungen nichts über die ideologisch-organisatorischen Vorläufer des "Grundbundes" verrieten, z-B-über die im Frühjahr 69 gegründete "Hochschulgesellschaft e.V. für die Erneuerung der deutschen Universität", die im Zuge einer "gut koordinierten Generalstabsarbeit" begann, das "studentische Protestpotential" "auszumanövriern".

Die Industrie unterstützte die Generalstäbler großzügig: Jeweils zwischen fünf- und zehntausend DM kamen von Wacker Chemie, Degussa, Ruhrchemie AG, Daimler-Benz, Chemische Werke Hüls, Eckes u. Maggi. Was jene im militaristischen Jargon vortrugen, vermochte und vermag der Kölner Soziologe und Bundeswehrforscher Erwin K. Scheuch sehr viel "vornehmer" und 'soziologischer' zu fordern, nämlich hartes Eingreifen des Staatsapparates gegen die fortschrittlichen Studenten; das zeigen nachfolgende Zitate:

"Je schwächer die permanenten abschnittsweisen Leistungskontrollen, um so größer die Bereitschaft der Studenten des Faches zum Protest." und: "Die Autoritäten dürfen nicht länger ambivalent und unsicher reagieren, so daß ein fortwährender Wechsel von Härte und Weiche stattfindet." ferner: "Die Spaltung der Einstellungen im Establishment ist selbst eine wesentliche Voraussetzung für Ermutigung von Protesten im Namen der Studenten." Scheuchs Kumpane Maier, Löwenthal, Hennis, Lübbe & Co. stehen ihm da in nichts nach. Die nachfolgenden Auszüge aus deren Reden vom BfDW-Gründungskongreß, stammen aus einem 73-seitigen Tonbandprotokoll, dem Resümee einer linken "Illegalität" zur rechten Zeit:

## H. MAIER: "BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT - EIN NEUER ANFANG"

"Nach drei Jahren Reformeuphorie, Zahlenräusch und bildungspolitischem Sandkastenspiel wäre wohl eine nüchterne Bilanz am Platz. (...) Was ist aus der Demokratisierung geworden? Keineswegs die so dringende und notwendige Aufschließung der seit Alters her gesellschaftsfernen Universität zur demokratischen Gesellschaft hin; stattdessen die Ausgrenzung eines universitären Freiraums aus dem Geltungsbereich rechtsstaatlicher Demokratie. (starker Applaus) Nirgends in Deutschland reagiert man so hysterisch abwehrend auf das Erscheinen von Ver-

tretern dieser demokratischen Gesellschaft, seien es Politiker, Gewerkschaftler, Industrielle oder Bundeswehr, wie in der introvertiert aufgeregten Atmosphäre von Universitätshörsälen und Seminaren. In einer Pseudomorphose der Humboldtschen Einsamkeit und Freiheit betrachten die marxistischen Eroberer des akademischen Elfenbeinturms diese demokratische Gesellschaft ausschließlich aus der Schießscharte der Emanzipation vom Bestehenden. (Applaus) (...) Und schließlich der Abbau der hierarchischen Gliederung an der Universität - statt der alten,

immerhin durch Leistung ausgewiesenen und in sich kollegialisierten Ordinarienhierarchie haben wir heute drei oder mehr Hierarchien nebeneinander..... an die Stelle von Dienstweg und Kompetenzordnung tritt in der Hochschule immer mehr das Nebeneinander autogener Gewaltträger.(...) Die Revolte hat die Reform verschoben. Die Frage ist, wie lange Öffentlichkeit und Staat vor dieser Tatsache die Augen verschließen und kapitulieren, wie lange der universitäre Raum publizistisch abgedunkelt bleibt, wie lange offenkundige Rechtsbrüche und Zerstörungen sich in das Kostüm reformerischer Gesinnung und pädagogischer Herausforderung verkleiden können.(starker Applaus)(....) Denn eines ist klar, ohne eine Wie-

derherstellung einer freien Wissenschaft und eines auf demokratische Erneuerung gerichteten Arbeits- und Leistungswillens sind die geplanten Millionen für Bildungsausgaben nichts als Wasser in ein leckes Faß.(Applaus)(...) Die staatliche Baustellenphilosophie der Neugründungen und Personalvermehrungen ist gegenüber einer revolutionären Kampfansage ein allzu schwacher Widerpart.(...) Die Revolte wird bei den Universitäten nicht Halt machen, daher darf die Reform nicht auf die Universitäten beschränkt bleiben.(...) .. die Reaktion der demokratischen Parteien ist ermutigend. Der Herr Bundeskanzler hat sich gegenüber dem Initiativauschuß, der bereits im Juni gegründet worden ist, für seine Partei, die SPD, zu Gesprächen bereiterklärt.(...) Ein Gespräch mit dem CDU-Vorstand hat bereits stattgefunden.

#### ERNST NOLTE: "DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN"

(...) Heute trägt man Eulen nach Athen, wenn man von den Roten Zellen spricht, von dem fanatischen Machtwillen, mit dem sie ganze Institute und Fachbereiche zu erobern suchen, von den Drohungen, durch die sie Schrecken verbreiten, von den geschickt dosierten Gewalttätigkeiten, welche die legale Einflußnahme verstärkt.(...) Heute kann niemand mehr verkennen, daß die erklärten Gegner der angeblich bürgerlichen Wissenschaft, der angeblich bloß formalen parlamentarischen Demokratie, an fast allen Hochschulen unter den Vertretern der Studenten in der Mehrheit sind; eine Mehrheit zwar nicht über eine Zahl, wohl aber der Aktivität ihrer Anhänger nach. Die letzte These mag selbst Gruppen solcher Art überraschen.(...) Das Bild, das sich ergibt, ... wird erst mit der Kennzeichnung eines Faktors abgeschlossen sein, der am meisten in unserer Hand liegt, weil wir selber dieser Faktor sind; wir, d.h. alle diejenigen, die an der überlieferten Freiheit der Wissenschaft festhalten und doch nicht etwa bloße Traditionalisten sind.(...) Eine der wesentlichsten und unterscheidendsten Institutionen der westlichen Welt ist die Freiheit der Wissenschaft.(....) Diese Freiheit darf freilich keine absolute Freiheit der isolierten Wissenschaftler sein. Die öffentli-

che Meinung muß das Recht haben, die wissenschaftlichen Gremien zu Stellungnahmen über die Leistung sog. Außenseiter zu zwingen.(...) Die echte Ordinarienuniversität war ein Kosmos des Wissens, verwaltet durch eine überschaubare Zahl von Fachvertretern, von denen jeder ein deduktiv ableitbares Gebiet gleichsam als Eigentum beherrschte und besaß;(....) Der Prozeß wird weitergehen, und in starker Verkürzung könnte man ihn die Entwicklung von der alten, lokalen Ordinarienuniversität zur modernen, internationalisierten Professorenuniversität nennen.(....) Und dennoch, wer auch nur einmal an einer Sitzung dieser neuen Fakultäten oder Fachbereiche teilgenommen hat, der weiß, daß die unemotionale, nicht von materiellen Interessen und nicht von politisch-ideologischen Zwecksetzungen bestimmte Atmosphäre der alten Fakultät auf einer neuen Ebene und in einem lebendigeren Geiste wiederhergestellt werden muß, wenn die Wissenschaft in Deutschland überleben soll.(...) Dieser Kongreß, ... ist schließlich eine Präfiguration dessen, was eines Tages zum allgemeinen Phänomen werden muß, sobald ein neues und entscheidendes Blatt in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen ist und unverhüllt der Kampf um den Staat entbrannt ist, der als Kampf um die Universitäten bereits begonnen hat.

# BUND "FREIHEIT DER WISSENSCHAFT"

## FASCHISIERUNG an der UNI

Am 18. Nov. 1970 gründete sich in Bonn der "Bund Freiheit der Wissenschaft". Im Gründungsaufwurf ziehen wackere Faschisten gegen "Verleumdungen, Terror Gewaltanwendung und Rechtsverletzung" zu Felde.

Weiter heißt es: "...dient der Ruf nach Reformen nicht mehr einer Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit, sondern ihrer Lähmung und Vernichtung. Vor einer solchen Gefahr stehen heute die Hochschulen in der BRD. Vor der gleichen Gefahr könnte morgen der Staat stehen.

Der "Bund Freiheit der Wissenschaft" soll ein Zusammenschluß derjenigen sein, die sich des untrennbaren Zusammenhangs von Freiheit der Wissenschaft und freiheitlicher Demokratie bewußt sind. Grundvoraussetzung der Freiheit der Wissenschaft aber ist, daß ausschließlich Wissenschaftler darüber entscheiden, wer als Wissenschaftler anerkannt wird... Es versteht sich, daß bei der Festsetzung der Anforderungen professioneller Qualifizierung die Mitwirkung der staatlichen Organe und der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen von der Sache her notwendig ist..."

Damit ist ganz klar, wer gemeint ist, nämlich die Unternehmerverbände, ihre bürokratischen Lakaien im Staatsapparat und eventuell noch die bürokratischen Gewerkschaftsbözen, die den Kapitalisten aus der Hand fressen! Sie sollen über Ausbildungsziele bestimmen. Dafür blechen sie auch: Finanzielle Mittel erhält der Bund vom Kapital, so von folgenden Konzernen:

- Farbwerke Hoechst, vertreten im "Bund Freiheit der Wissenschaft" durch das Vorstandsmitglied Heinz Kaufmann
- Deutsche Bank AG, vertreten durch Wilhelm Christians
- Bankhaus Gebr. Bethmann, vertreten durch Joh. Philipp Freiherr von Bethmann
- Krauss-Maffei, vertreten durch Ludwig Graf von Staufenberg
- Krupp, vertreten durch den CDU-Politiker Stoltenberg

Nicht zu vergessen die Stahlindustrie allgemein, deren Lobbyist Hans Dichgans auch im Kampfbund ist.

Weitere Mitstreiter:

Gerhard Löwenthal, Richard Löwenthal, Hermann Lübke, Hans Maier (jetzt bayrischer Kumi: "Tut um Gottes Willen etwas Tapferes Walter Rüegg, Erwin K. Scheuch, Hermann Schmidt-Vockenhausen, Gerhard Schröder, Wilhelm Hennis, Otto Schedl (ebenfalls CDU) Bruno Heck (CDU).

### WARUM IST DER BUND EINE IN DER TENDENZ FASCHISTISCHE ORGANISATION ?

Daß der Bund für die Interessen des Kapitals eintritt, ist sofort ersichtlich. (Hennis: "Ich bin für den Kapitalismus") Der Bund tritt verbal für "freiheitliche Demokratie" ein, was jedoch nichts anderes ist als eine Herrschaftsform der Bourgeoisie, nämlich die parlamentarische.

Da die Bourgeoisie unter bestimmten Krisenbedingungen des Systems ihre Herrschaft nicht mit den Mitteln der

bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten kann, muß sie zum Faschismus, der terroristischen Form ihrer Herrschaft, greifen. Das ist der Fall bei länger andauernden Wirtschaftskrisen: dann nämlich ist es für die Bourgeoisie unmöglich, den Beschäftigungsstand und den Lebensstandard des Proletariats und der anderen Werktätigen aufrechtzuerhalten. Eine plötzliche starke absolute Verelendung tritt ein. (Weltwirtschaftskrise 1929: in ihrer Folge in vielen kapitalistischen Ländern diktaturähnliche Formen der Herrschaft; USA heute: 6 Mio. Arbeitslose, Befreiungsbewegung der Schwarzen, Massenstreiks). Der Faschismus ist also mit der Niederwerfung Hitlers, Mussolinis und der japanischen Faschisten nicht aus der Welt. Es wird Faschismus geben, solange es Kapitalismus gibt.

Wo zeigen sich beim "Bund" offen Tendenzen zum Faschismus?



## EINIGE BEDINGUNGEN VON FASCHISMUS

Es gibt fünf notwendige Bedingungen, damit man von Faschismus sprechen kann (s. "Rote Zelle" Nr.2). Die erste dieser Bedingungen ist in den Zielen der Organisation klar erkennbar: Die Liquidierung der legalen revolutionären Organisationen. So wendet sich der Bund gegen "Gesinnungs-terror, Verleumdung, Rechtsverletzung ideologisch fanatisierter Gruppen gegen Andersdenkende". Es ist klar, wer damit gemeint ist! So wird z.B. die Existenz der Roten Zellen zur "Gefahr für die fragilste Einrichtung des Staates, die Universität" und als "Bedrohung für den Staat" erklärt. Prof. Rüegg: "Studentische Banditen, Lügner und Verleumder müssen mit scharfen Maßnahmen bekämpft werden!" So laufen inzwischen beispielsweise Verfahren gegen solche "Banditen", die es gewagt haben, in einer Vorlesung Flugblätter zu verteilen und somit "massiv in das Grundrecht der Lehrfreiheit einzugreifen". In einem anderen Verfahren wird von "terrorartiger Verschwörung der Studenten" gesprochen. Solch "scharfe Maßnahmen", wie Rüegg sie fordert, können am besten dadurch gewährleistet werden, daß der Staat die Sache in die Hand nimmt. Das bedeutet in der Konsequenz "Aufhebung der unabhängigen Jurisdiktion und ihre

Unterordnung unter die Staatssicherheit" (Bedingung 4, vgl. "Rote Zelle 2")  
Am 10.9.70 hat das Bundesverfassungsgericht auch bereits die ersten Schritte dazu unternommen, indem es die Rechtmäßigkeit des Baden-Württembergischen Ordnungsrechts bestätigte. Besteht an einer Universität kein Disziplinausschuß, so greift das Verwaltungsgericht direkt ein. Damit ist die Disziplinargewalt aus dem Hochschulbereich direkt an den Staat überführt worden.

Auch Bedingung 3, "Verschmelzung des Parlaments mit der Regierung durch Gleichschaltung aller bürgerlichen Parteien bzw. durch eine faschistische Einheitspartei" ist als Tendenz in den Zielen des "Bundes" angelegt:

"Und dieser Kongreß, der Mitglieder und Freunde der drei demokratischen Parteien mit parteilosen Bürgern zusammenführt, ist schließlich eine Präfiguration dessen, was eines Tages zum allgemeinen Phänomen werden muß, sobald ein neues und entscheidendes Blatt in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen ist, und jener Kampf um den Staat entbrennt, der als Kampf um die Universität bereits begonnen hat."  
(Prof. Nolte)

## EINIGE KENNZEICHEN DES FASCHISMUS

Weitere häufig auftretende, aber nicht notwendige Kennzeichen des Faschismus, (s. RZ 2) sind auch in der Tendenz erkennbar:

Der "Bund" ist vom Typ her eine faschistische Massenorganisation; er versteht sich als "Sammlungsbewegung", wie auch die "Aktion Widerstand" und die NLA. Der Gründungskongreß wurde von 1500 Professoren sowie von vielen bürgerlichen Politikern besucht. 2 000 Sympathieklärungen trafen ein!

Warum findet der "Bund" bei den Professoren eine solch starke Unterstützung?

Wie kommt es zu einer Massenorganisation von Professoren, wo es doch wie Hans Maier richtig erkannt hat "so schwer ist, Professoren zu organisieren"?

Dazu ein Zitat von Lippay, was in dem Maße eine Erklärung dafür liefert, als man die Mehrzahl der westdeutschen Professoren wohl zum Kleinbürgertum zählen muß (was allerdings erst durch die Klassenanalyse der westdeutschen Gesellschaft endgültig geklärt werden kann):

"Das Heranwachsen der Krisen bedeutet zugleich das unmittelbare Heranwachsen - 5

der objektiven Vorbedingungen der proletarischen Revolution, bedeutet die Bedrohung der kapitalistischen Ordnung durch diese. Dieser Prozeß führt auch zu jener Situation, wo die herrschende Klasse schon nicht mehr auf die alte Weise regieren kann, jedoch noch zeitweilig neue Regierungsmethoden finden kann - und, wo die unterdrückten Klassen zwar schon immer weniger auf die alte Weise leben wollen, jedoch in ihrer Mehrheit den endgültigen Ausweg aus der Krise noch nicht finden und, ideologisch desorientiert, zeitweilig in eine Sackgasse geraten. In dieser Situation entsteht innerhalb der kleinbürgerlichen Schichten die faschistische Bewegung. Die faschistisch eingestellten kleinbürgerlichen Schichten von Stadt und Land wollen zuerst hauptsächlich ihre verlorenen wirtschaftlichen Positionen zurückgewinnen und sind mit dem bestehenden Monopolkapitalismus, der ihnen das verwehrt, unzufrieden. Sie stehen hilflos dem Monopolkapitalismus gegenüber, aber sie suchen noch nicht einen nichtkapitalistischen Ausweg." (Lippay in "Unter dem Banner des Marxismus")

Die feudalistischen Überreste in den westdeutschen Universitäten hatten den Professoren lange Zeit eine kleinbürgerlich-privilegierte Stellung eingeräumt. Die Angst vor der Deklassierung treibt einen großen Teil der Professoren gerade mit der Liquidierung dieser feudalistischen Überreste in die faschistische Organisation hinein. Diese Organisation ist der Versuch, sich mit dem Großkapital und dem Staatsapparat zu verbünden. Man muß natürlich sehen, daß ein Teil der Professoren von vorneherein ein unauflösliches Bündnis mit dem Großkapital und Staatsapparat eingegangen ist: so z.B. Profs in Aufsichtsratsposten oder im hohen Management (Schiller, Biedenkopf) oder im höheren Staatsapparat (Lübbe, Maier). Die von der KPD/ML noch zu erstellende Klassenanalyse wird endgültig klären, welchen Teil der Professoren man als die Hauptseite dieser Schicht betrachten muß. Ausgehend von den feudalistischen Über-

resten an den Universitäten versteht man auch, wieso als Nebenseite im "Bund" Kennzeichen c) des Faschismus (s. RZ 2) auftritt: "feudalistische und klerikale Ideologie über kapitalistischer Basis". Hans Maier, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Vizepräsident der gemeinsamen Synode, nimmt sich Papst Johannes den XXIII. zum Vorbild

nach dem Motto: "Alles sehen, einiges übersehen, wenig ändern". Auch Kennzeichen d) des Faschismus, nämlich großmachtchauvinistische Ideologie ist in der Tendenz erfüllt. Nicht umsonst war es Franz Josef Strauß, der Maier zum bayrischen Kultusminister machte. Strauß hat Maier vorgeschlagen und seine Kandidatur durchgesetzt. Kein Wunder, wenn man sich einmal genauer Maiers Politik-Vorlesungen anhört, wo er die deutsche Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen bereits mit dem "Europa-Gedanken" interpretiert!

### WAS IST SOZIALFASCHISMUS ?

Strauß ist bekanntlich ein Exponent des "westeuropäischen Weges" (vgl. ROTER MORGEN 11/1970). Dieser Weg bedeutet die "Einigung" Europas unter der Hegemonie des westdeutschen Imperialismus, Front gegen USA und SU, Weg des BRD-Imperialismus zur "Dritten Weltmacht". Er würde in einer Krise zu einem gesamteuropäischen Faschismus herkömmlicher Form führen. Es gibt aber noch einen anderen Weg, den "osteuropäischen" Weg, den der westdeutsche Imperialismus einschlagen könnte. Seine hauptsächlich politischen Vertreter: SPD und D"K"P. Wie würde dieser Weg aussehen? Anerkennung der US/SU-Doppelherrschaft, "Einigung" Deutschlands unter SPD-SED (mit Schützenhilfe der D"K"P) Herrschaft, Verschleierung der Herrschaft der Bourgeoisie durch "Mitbestimmungs"-Ideologie und nationaler Demagogie ("Endlich Wiedervereinigung" usw.).

Kommt es zu einer Krise, würden die alte Bourgeoisie in Westdeutschland und die neue in der DDR, politisch gestützt auf SPD und SED zum "Sozial"faschismus grei-

fen, der in der DDR heute bereits besteht. Eine solche Regierung würde gegen stiefelnde Arbeiter ebenso vorgehen wie die polnische Regierung in Danzig, Stettin und anderen polnischen Städten, nämlich mit blankem Terror. Mit dem Aufkommen des modernen Revisionismus und Sozialimperialismus hat die Geschichte eine neue Form des Faschismus hervorgebracht: es zeigte sich, daß die Bourgeoisie zur "sozial"faschistischen Herrschaftsform greifen kann: "Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten". Der "Sozial"faschismus braucht also nicht bloß "Steinbühelhalter" des sogenannten eigentlichen Faschismus klassischer Form zu sein, der dann mit dem Eintritt des letzteren verschwindet.

Es ist eine Aufgabe der Marxisten-Leninisten herauszufinden, ob und in welchen konkreten Formen solch ein "Sozial"faschismus, wie wir ihn bis jetzt nur in den revisionistisch entarteten Ländern vorfinden, auch in der BRD eintreten kann.

### PRAKTISCHE KONSEQUENZEN ...

Welche praktischen Konsequenzen müssen die Marxisten-Leninisten aus der neuen historischen Situation ziehen? Es wäre äußerst gefährlich, jetzt zu einer "antifaschistischen Einheitsfront aller demokratischen und sozialistischen Kräfte" aufzurufen, wie die D"K"P- und Spartakus-Revisionisten sie verstehen.

Es ist keine Alternative, anstelle des "normalen" Faschismus dem "Sozial"faschismus den Weg zu bereiten! Der Kampf muß sowohl gegen die "herkömmlichen" als auch gegen die "Sozial"faschisten geführt werden, allerdings mit verschiedener Hauptstoßrichtung, je nachdem, welcher Weg in der Hauptseite eingeschlagen wird.